

Unruhige Tage in Beirut

Unsere Nahost-Korrespondentin Karin Leukefeld erlebte die bisher letzte Phase der Unruhen in der Hauptstadt des Libanon (2. Teil und Schluß)

Der Mann spricht aus, was die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung beschäftigt: Ihr Geld hat innerhalb von wenigen Wochen 60 Prozent an Wert verloren. US-Dollar, die im Libanon gleichberechtigt mit dem Libanesischen Pfund gelten, werden von den Banken nicht mehr ausgezahlt. Tausende Gastarbeiter aus asiatischen und afrikanischen Ländern mußten den Libanon verlassen, weil ihre Unternehmer ihnen ihr Gehalt nicht mehr in US-Dollar auszahlen können, wie vertraglich vereinbart. Mit dem Geld versorgten die Arbeiter ihre Familien auf den Philippinen, in Bangladesch, Indien oder Äthiopien.

Veränderungen kommen nicht über Nacht

Sofia Saadeh, emeritierte Professorin für die neue Geschichte des Mittleren Ostens, weiß viele Beispiele über die finanzielle Notlage der Libanesen zu berichten. Die Proteste sind für sie nachvollziehbar, doch sie warnt vor überzogenen Erwartungen.

»Wir können den Libanon nicht über Nacht in einen säkularen Staat verwandeln«, sagt die 77-Jährige bei einem

Treffen im Café Hamra. »Selbst unter den Demonstranten herrscht ein konfessionelles Denken.« Die Menschen könnten in westlich geprägten Schulen noch so viel über die Werte einer säkularen Gesellschaft lernen, wenn sie nach Hause in die Familien kämen, sei das konfessionelle Denken überall präsent. »Das konfessionelle System ist eine gesellschaftliche Tradition und kann nur langfristig mit Bildung, Erziehung und neuen Gesetzen überwunden werden«, sagt die Historikerin.

Jetzt müsse das Land vor dem finanziellen Absturz gerettet werden, das habe Vorrang. Sofia Saadeh macht für das finanzielle Desaster sowohl den Chef der libanesischen Zentralbank als auch die bisherigen Regierungen verantwortlich. Es habe nie transparente Haushalte gegeben, die Regierungen hätten aus Krediten und Investitionen die ins Land geflossen seien, in ihre eigenen Taschen gewirtschaftet und dieses Geld dann auf Banken im europäischen Ausland deponiert. Um die Regierung weiter mit Geld versorgen zu können, habe die Zentralbank die



Barrikade in der Nähe des Parlaments im Zentrum von Beirut, Sonntag, 19. Januar
(Foto: PATRICK BAZ/AFP)

kleineren Banken aufgefordert, Geld zu überweisen und habe im Gegenzug hohe Zinsen angeboten. Dieses System ist nun zusammengebrochen und die Libanesen haben Angst, daß alle ihre Ersparnisse sich in Luft auflösen könnten.

Die größten Einzahler auf libanesischen Konten seien Libanesen gewesen, die im Ausland arbeiteten. Sie unterstützten ihre Familien im Libanon, legten Geld an, um Geschäfte zu eröffnen oder um ein Haus zu bauen. Weil das USA-Finanzministerium aber

aus politischen Gründen und um der libanesischen Hisbollah zu schaden, mit Hilfe eines Geldwäschegesetzes sämtliche Finanztransfers aus dem Ausland in den Libanon überprüfe, hätten die Überweisungen abgenommen. Saadeh ist die Empörung anzumerken: »Es ist unerträglich, das USA-Finanzministerium schneidet uns die Luft ab.«

Sofia Saadeh sieht die Entwicklung kritisch. Das Land werde wegen der enormen Finanzkrise in die Arme des Internationalen Wäh-

rungsfonds getrieben. Das aber bedeute Privatisierung der wenigen lukrativen staatlichen Firmen und – perspektivisch – auch der Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer. »Das Beste für uns wäre, wir würden China und Rußland um Wirtschaftshilfe bitten und den Westen vergessen.

Die Armee greift ein

Das Telefon klingelt, es ist Paul. Wieder haben die Demonstranten zu abendlichen Protesten aufgerufen, wieder sind die Banken das Ziel. Eigentlich wollte er mich begleiten, nun sagt er ab. Die Zufahrtstraße aus dem Viertel aus dem er komme, werde von Demonstranten gesperrt. Die Innenstadt sei zu unsicher, ich solle im Hotel bleiben.

Die Straßen von Hamra leeren sich. Touristen und Besucher bleiben aus, es ist, als halte Hamra die Luft an. An diesem Abend wird aus den gewaltsamen Protesten ein Straßenkampf. Steine, Stangen, Feuerwerkskörper und Leuchtraketen fliegen durch die Luft, als erneut verummte zumeist junge Männer gegen die libanesischen Zentralbank drängen und im Zentrum

der Stadt versuchen, das leere Parlament zu stürmen. Die Polizei setzt Tränengas und Gummigeschosse ein. Es gibt Verletzte, auch Journalisten werden getroffen. Präsident Michel Aoun erteilt der Armee den Befehl, einzugreifen.

Nun also bestimmen junge, zumeist verummte Männer das Geschehen auf den Straßen der libanesischen Hauptstadt. Mit Eisenstangen und Steinen gehen sie gegen Banken und das Parlamentsgebäude vor. Sie werfen Steine, Feuerwerkskörper und Leuchtmunition in Richtung der libanesischen Sicherheitskräfte, die setzen ihrerseits Tränengas und Wasserwerfer ein. Präsident Michel Aoun schickte in der Nacht zum Sonntag (19. Januar) das Militär, um der überforderten Polizei zu helfen. Die Zahl der Verhafteten steigt ebenso, wie die Zahl der Verletzten auf allen Seiten. Medien, Politiker und große Teile der Bevölkerung verfallen in das altbekannte Muster, das den Zedernstaat tief gespalten hat. Schuldig für die gefährliche Gewalteskalation sind die anderen, die nicht der eigenen religiösen Gruppe angehören.

Karin Leukefeld, Beirut

Der Libanon hat eine neue Regierung

Ungewöhnlich schnell für libanesischen Verhältnisse ist es dem designierten Ministerpräsidenten Hassan Diab gelungen, eine neue Regierung zu bilden. Anfang November 2019 war der bisherige Ministerpräsident Saad Hariri aufgrund massiver Proteste gegen Korruption und Finanzkrise zurückgetreten. Versuche, ihn zur Bildung einer neuen Regierung zu bewegen schlugen fehl. Zwei weitere Kandidaten fanden nicht die Zustimmung des Parlaments. Am 19. Dezember 2019 erhielt Hassan Diab den Auftrag zur Regierungsbildung und bereits einen Monat später steht die neue Ministerriege.

Mit 20 Ministerinnen und Ministern ist das neue Kabinett kleiner, der Hariri-Regierung gehörten 24 Minister an. Sechs Posten hat Diab an Frauen vergeben, darunter das Verteidigungsministerium, das Amt des stellvertretenden Regierungschefs sowie die Ministerien für Vertriebene und für Justiz. Finanzminister wird der Ökonom Ghazi Wasni, Außenminister wird der langjährige Diplomat und Vertreter bei der Arabischen Liga Nassif Hitti. Nahezu alle Ministerinnen und Minister haben eine akademische Laufbahn vorzuweisen, mit Abschlüssen an Universitäten in Frankreich, England, den USA und Kanada.

Hassan Diab ist Professor an der renommierten Amerikanischen Universität Beirut (AUB) und war Bildungsminister in der Regierung des früheren Ministerpräsidenten Najib Mikati. Nach der ersten Sitzung mit Präsident Michel Aoun am Mittwochmorgen sagte Diab seine Regierung bestehe aus »Technokraten«, wie es die Volksbewegung gefordert habe. »Wir werden gegen die Korruption kämpfen,

die gestohlenen Gelder zurückerhalten und Stabilität herstellen«, so Diab.

Neue Spielregeln

»Die Spielregeln haben sich geändert«, sagt Mohammad Ballout, politischer Beobachter und langjähriger Korrespondent der Tageszeitung »As Safir«, die Ende 2016 nach 42 Jahren ihr Erscheinen einstellte. Das Bündnis um die Hisbollah habe sich durchgesetzt, die Bewegung des »14. März« werde die Opposition im Parlament sein. Das sei für diese und auch für ihre Unterstützer in der EU, den USA und in den Golfstaaten eine neue Erfahrung. Man müsse abwarten, ob sie sich damit abfinden.

Für die westliche Welt hat USA-Außenminister Mike Pompeo bereits die Richtung vorgegeben. Mit Verweis auf die anhaltenden, gewalttätigen Proteste in Beirut erklärte Pompeo: »Die Proteste im Libanon richten sich gegen die Hisbollah und sagen ‚Es reicht‘.« Die Menschen wollten eine Regierung, die nicht korrupt sei und den Willen des libanesischen Volkes erfülle, so Pompeo. Dem Libanon stehe in den nächsten Wochen eine »fürchterliche Finanzkrise« bevor, warnte Pompeo weiter. Die USA seien »bereit zu intervenieren und Unterstützung zu geben, aber ausschließlich an eine Regierung, die sich zu Reformen verpflichtet.«

Die »Reformen«, die Pompeo meint, wären vermutlich ein vom Internationalen Währungsfonds (IWF) eingeleitetes Restrukturierungs- und Kreditprogramm. An erster Stelle stünde die IWF-Kontrolle libanesischer Finanzposten und die Privatisierung der wenigen lukrativen staatlichen Unternehmen, allen voran die

Privatisierung der Gasvorkommen vor der Küste des Landes. Finanzexperten gehen davon aus, daß der Libanon mindestens 5 Milliarden US-Dollar benötigt, um den Geldfluß im Land wieder anzukurbeln. Sollte die »Hilfe« des IWF abgelehnt werden, benötigt Libanon von anderen Staaten Finanzhilfen.

Tatsächlich sei aktuell das Wichtigste für die Diab-Regierung, die Finanzkrise in den Griff zu bekommen, ohne sich an den Internationalen Währungsfonds zu wenden, sagt Mohammad Ballout. Da es sich um eine »strukturelle Krise« im libanesischen Finanzsystem handele, dürfe der Libanon keine neuen Schulden machen. Das würde den endgültigen wirtschaftlichen Kollaps nach sich ziehen und das Land in die vollständige Abhängigkeit des Währungsfonds und der diesen kontrollierenden Staaten bringen.

Premier Diab erklärte, er werde sehr bald die arabischen Staaten besuchen. Von Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten wird Diab kaum Unterstützung erwarten können. Das Emirat Katar will bis zu 5 Milliarden US-Dollar auf Konten im Libanon deponieren. Das Geld ist kein Kredit und kann von der Regierung nicht verwendet werden. Es könnte aber die finanzielle Lage beruhigen. Rußland hat die Überweisung von 2 Milliarden und China die Überweisung von 1 Milliarden US-Dollar zur Stabilisierung der libanesischen Währung in Aussicht gestellt.

Proteste halten an

Die neue Regierung von Hassan Diab wird von den Abgeordneten der »Allianz des 8. März« unterstützt, einem Bündnis um die Hisbollah. Die Parteien der »Allianz des

14. März« um den ehemaligen Ministerpräsidenten Saad Hariri lehnen sowohl Hassan Diab als auch seine Regierung als »einfarbig« oder »einseitig« ab, eben weil sie von der »8. März«-Allianz unterstützt werden. Seit dem Rücktritt von Hariri haben die »14. März«-Parteien sich vor allem darin geübt, Vorschläge der anderen Parteien und von Präsident Michel Aoun abzulehnen und damit den Druck auf die Hisbollah und die Parteien des »8. März« zu erhöhen. Dabei geht es den »14. März«-Politikern und ihren Unterstützern in der EU, den USA und den Golfstaaten nicht um die Stabilisierung des Libanon, sondern darum, die Hisbollah zu stürzen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Regierungsbildung kam es am Dienstagabend wieder zu gewaltsamen Protesten im Zentrum von Beirut und in der Stadt Tripoli. »Hassan verschwinde« riefen Demonstranten, Straßen wurden erneut mit brennenden Reifen blockiert. Für USA-Außenminister Mike Pompeo waren die Proteste der Beweis dafür, daß die Libanesen nicht nur die neue Regierung, sondern auch die Hisbollah nicht wollen.

Kommunisten wollen Kampf fortsetzen

Auch die Libanesisch-Kommunistische Partei rief dazu auf, die Proteste fortzuführen. Marie Debs, ehemalige Beauftragte für internationale Beziehungen im Politbüro der KP Libanon erklärte auf Anfrage der Autorin, die neue Regierung sei nicht mehr als »eine Kopie der Regierung von Saad Hariri«. Die »Bewegung des 8. März« sei »der Pate« dieser Regierung, die kaum in der Lage sein dürfte, die ökonomische und finanzielle Krise zu lösen. Ihr einzi-

ges Interesse sei »die Intifada« im Libanon zu stoppen.

Das Politbüro der Partei erklärte am Mittwoch, die Regierung sei von dem »herrschenden System« gebildet worden und benutze »in einer provokativen Art und Weise und unter dem Deckmantel einer Regierung von ‚Technokraten und Unabhängigen‘ den gleichen Mechanismus wie die vorherige Regierungen«. Das »einzige Mittel«, um die Krise zu überwinden

müsse »von außerhalb des herrschenden Systems« kommen. Eine komplette Änderung der Struktur des politischen Systems sei dringend. Nur ein »lang anhaltender Kampf mit einer klaren politischen Vision kann den radikalen Wandel erreichen« und den Libanon »von einem konfessionellen Staat in einen säkularen, demokratischen Staat« verändern.

Karin Leukefeld

Die französische Mandats Herrschaft hatte bei ihrem Abzug (1944) dem Land das konfessionelle System hinterlassen, das die Entstehung eines säkularen, modernen politischen Lebens verhindert. Die politische Macht wird zwischen den Religionsgruppen aufgeteilt. Das Amt des Präsidenten steht den Christen zu, das Amt des Ministerpräsidenten den sunnitischen Muslimen und das Amt des Parlamentspräsidenten ist den schiitischen Muslimen vorbehalten. Politische Auseinandersetzungen werden entlang der Konfessionen und nicht politisch ausgetragen.

*»Allianz des 8. März«: Hisbollah, Freie Patriotische Bewegung, Marada Bewegung, Syrische Soziale Nationalistische Partei, Libanesisch-Demokratische Partei, Kommunistische Partei Libanons u.a.

*»Allianz des 14. März«: Zukunftspartei/-Bewegung, Progressive Sozialistische Partei, Libanesisch-Kräfte, Kata'ib Partei, Sozialdemokratische Huntschak Partei u.a.

Bei den Parlamentswahlen 2018 erhielt die »Allianz des 8. März« 71 der 128 Sitze, die »Allianz des 14. März« erhielt 48 Sitze, Unabhängige Abgeordnete 9.



Präsident Michel Aoun (M.) leitet die erste Kabinettsitzung der neuen Regierung im Präsidentenpalast Baabda
(Foto: Bilal Jawich/Xinhua/dpa)